

Pressemeldung zur Veröffentlichung der EKD-Denkschrift „Welt in Unordnung – gerechter Friede im Blick“ am 10. 11. 2025 der „Initiative Christlicher Friedensruf Hannover“

Kontakte im Vorfeld:

Dr. Susanne Edel (Tübingen) 0177-8317249 susanne.edel@rs-edel.de

Prof. Dr. Jörg Barthel (Reutlingen) 01590-1304164 joerg.barthel@gmx.de

Kontakt vor Ort am Montag, 10. 12.:

Pfarrer Thomas-Dietrich Lehmann (Berlin) 0176-64722752

„Aufrüstung tötet auch ohne Krieg“

Erwiderung der „Initiative Christlicher Friedensruf“ auf die EKD-Friedensdenkschrift 2025

Mit scharfer Kritik reagiert die „Initiative Christlicher Friedensruf“ auf die am Montag (10. November 2025) veröffentlichte EKD-Friedensdenkschrift. Sie verenge das von Jesus Christus vertretene Prinzip der Gewaltfreiheit und dränge nicht-militärische und gewaltfreie Perspektiven an den Rand, heißt es in einer ebenfalls am Montag veröffentlichten Stellungnahme. Die „Initiative Christlicher Friedensruf“ hatte im Mai während es Deutschen Evangelischen Kirchentags in Hannover das viel beachtete „Ökumenische Friedenszentrum“ organisiert.

Gewaltfreie Friedensarbeit unterschätzt

Zwar betone die Denkschrift den Vorrang des Gewaltverzichts, lobt die Initiative, halte sie aber nicht in jeder Lage für zwingend, weil die Welt nun mal unerlöst sei. Doch auch gut gemeinte militärische Gegengewalt sei für Mensch, Tier und Ökosphäre zerstörerisch. „Jeder Krieg produziert Tote, Verstümmelte, zerrissene Familien, Vertriebene, Traumatisierte, Hass und Gewaltbereitschaft – auch wo er im Sinne der Denkschrift ethisch gerechtfertigt ist.“ Eine christliche Friedensethik müsse ernsthaft alle Möglichkeiten gewaltfreier Konfliktbearbeitung ausloten. Die Denkschrift traue gewaltfreier Friedensarbeit wenig zu. Zugleich frage sie kaum nach den „Erfolgsaussichten“ und Opfern militärisch-kriegerischer Gewalt.

Die Gefahr eines dritten Weltkrieges sei so groß ist wie nie zuvor. Ausgerechnet in dieser Situation, so die besorgte Kritik, stärke die Denkschrift mit ihrer theologischen Rechtfertigung kriegerischer Gewalt als *ultima ratio* militärische Optionen. Sie suggeriere, Frieden könne durch Krieg statt durch Diplomatie und Verhandlungen erreicht werden. Die Forderung nach einem Friedensplan für die Ukraine und für Israel/Palästina fehle.

US-Hegemonialpolitik hat Millionen Leben gekostet

Die Perspektiven des globalen Südens und die Sicherheitsinteressen aller Konfliktparteien müssten ernst genommen werden, fordert die Initiative, auch die Stellungnahmen des Ökumenischen Rats der Kirchen (ÖRK) und der UN. Stattdessen folge die Denkschrift einer eurozentrischen Weltsicht und der westlichen Deutung. Statt kritiklos den Narrativen von NATO, EU und Bundesregierung zu folgen, müssten etwa beim Ukraine-Konflikt auch kritische Stimmen zur westlichen Politik zu Wort kommen. Das Völkerrecht und die Menschenrechte würden nicht nur durch Russland, sondern auch durch die auf globale Hegemonie ausgerichtete Politik der USA und ihrer Verbündeten verletzt. Der Irakkrieg und militärische Interventionen, Regime-Change-Operationen und Sanktionen der USA und ihrer Verbündeten hätten Millionen Menschen das Leben gekostet.

Aufrüstung tötet auch ohne Krieg

Die Denkschrift unterscheidet nicht zwischen defensiver und offensiver Verteidigung und unterschätzt den gewaltfreien Widerstand. Sie hinterfragt die massiv betriebene Aufrüstung nicht und verharmlose die tödliche Wirkung, die Rüstung auch ohne Krieg entfalte. „Rüstung vernichtet Ressourcen, die für Investitionen in soziale und ökologische Nachhaltigkeit dringend gebraucht würden.“ Der mit Aufrüstung verbundene Sozialabbau gefährde den gesellschaftlichen Frieden und gebe antidemokratischen Tendenzen Auftrieb. Das Militär verursache zudem enorme ökologische Schäden.

Klare Absage an „nukleare Teilhabe“

Der Forderung der Denkschrift nach einem eigenständigen Rüstungskontrollgesetz stimmt die „Initiative Christlicher Friedensruf“ ausdrücklich zu. Die Zustimmung gilt auch für die geforderte weltweite Ächtung von Waffengattungen, die jede Verhältnismäßigkeit von Ziel und Mittel vermissen lassen, wie chemische und biologische Waffen und vollautomatische Waffensysteme.

Doch die Einschätzung der Denkschrift, Nuklearwaffen seien zwar „ethisch in keiner Weise zu legitimieren“, ihr Besitz könne aber „politisch notwendig“ sein, verkenne das Risiko eines versehentlichen Einsatzes. Die Kirchen müssten sich stattdessen mit den Organisationen verbünden, die auf eine sofortige Ächtung und Abschaffung von Atomwaffen hinwirken.

Die Forderung der Denkschrift, Kriegsdienstverweigerern aus anderen Ländern in Deutschland Asyl zu gewähren, unterstützt die Initiative. Da laut der Denkschrift „jeder Einsatz von Gewalt und insbesondere jedes Töten eines anderen Menschen die sorgsame ethische Prüfung vor dem eigenen Gewissen erfordert“, sollten alle, die Militärdienst leisten wollen, ihre Bereitschaft zum Töten vorab begründen müssen. Eine allgemeine Dienstpflicht lehnt die Initiative genauso ab wie den dauernden Gebrauch des Begriffs „Kriegstüchtigkeit“: „Aufgabe der Kirche ist es, auf Friedensfähigkeit statt auf Kriegstüchtigkeit der Gesellschaft hinzuwirken.“

Kontakt: Dr. Susanne Edel, susanne.edel@rs-edel.de; Prof. Dr. Jörg Barthel, joerg.barthel@qmx.de